



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

90 (23.2.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190133](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190133)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neuere Nachrichten

Hauptredaktion: Dr. Frh. Goltzbaum, Darmstadt 117, Postfach 117. Dr. Frh. Goltzbaum, für  
Verwaltung: Dr. A. Dieb, für Anzeigen: Karl Höber, Frau und Verleger: Dr. Goltzbaum, für  
Anzeigen: Dr. A. Dieb, für Anzeigen: Karl Höber, Frau und Verleger: Dr. Goltzbaum, für  
Anzeigen: Dr. A. Dieb, für Anzeigen: Karl Höber, Frau und Verleger: Dr. Goltzbaum, für

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Monatszeile 90 Pfg., 6spaltige 60 Pfg., 3spaltige 30 Pfg., 1spaltige 15 Pfg.,  
Anzeigenpreis: Die 12spaltige Monatszeile 90 Pfg., 6spaltige 60 Pfg., 3spaltige 30 Pfg., 1spaltige 15 Pfg.,  
Anzeigenpreis: Die 12spaltige Monatszeile 90 Pfg., 6spaltige 60 Pfg., 3spaltige 30 Pfg., 1spaltige 15 Pfg.,

### Amerika und der Friedensvertrag.

Washington, 23. Febr. (Reuter.) Der Senat hat mit 33 gegen 32 Stimmen den Antrag auf Abänderung des Vorbehalts Lodge bezüglich des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund abgelehnt. Die unersöhnlichen Vertragsgegner von der republikanischen Partei gingen bei der Abstimmung mit den Demokraten zusammen. Der Senat nahm darauf mit 45 gegen 20 Stimmen wieder den ursprünglichen Wortlaut des Vorbehalts an.

Berlin, 23. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Die „Politik“ erzählt, hat der Senat in Washington erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Friedenszustand bestehe. Es soll eine internationale Konferenz einberufen werden, die sich mit den Fragen des Wiederaufbaues beschäftigt. Alle Nationen sollen aufgefordert werden, drei Vertreter zu dieser Konferenz, die im November stattfinden, zu entsenden. Die amerikanische Regierung wird zu diesem Zwecke 150 Millionen Dollars zur Verfügung stellen.

Diese Meldung hat in England großes Aufsehen erregt. Die Presse fragt, ob es sich um eine neue Art Friedenskonferenz handle, enthält sich jedoch jeden Kommentars.

London, 23. Febr. (Reuter.) Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Rumänien, der italienische Minister des Meubers und die französischen Minister für Lebensmittel und Schiffahrt sind in London eingetroffen, um der Sitzung des Obersten Rates beizuwohnen.

Rom, 23. Febr. (S.B.) Die „Giornale d'Italia“ meldet aus London: Die Westmächte glaubten entgegen anfänglichen Standpunkt, weder die Udria, noch die Orientfrage ohne Wilson lösen zu können. Auch sei weder der Londoner Vertrag, noch das Kompromiß Rittis durchführbar. In Kleinasien verlange Rittis nur wirtschaftliche Konzessionen in einer Zone.

Nach der „Dea Nazionale“ sind Rittis und Lloyd George mit Rußland zu verhandeln.

### Deutschösterreich und Ungarn.

wex. Wien, 17. Februar. Ungleich der tschechischen Regierung hat die ungarische die Verhandlungen über die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn in voller Deffentlichkeit eingeleitet. Als Dr. Krenner nach Prag reiste, um äußerst wichtige politische Vereinbarungen zu treffen, wurde die Deffentlichkeit über den politischen Zweck seiner Reise abschließend im Dunkel gehalten, und auch heute noch ist der Schleier nicht ganz gelüftet, in den die Prager Verhandlungen gehüllt worden sind. Die ungarische Regierung hat es vorgezogen, öffentlich vor aller Welt, nicht nur ihren Willen mit Deutschösterreich gute Nachbarschaft zu pflegen kundzugeben, sondern gleichzeitig auch konkrete Vorschläge zu machen, durch die eine Verständigung in der westungarischen Frage erzielt und auch den beiderseitigen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden soll. Freie, unbeeinträchtigte Volksabstimmung der westungarischen Bevölkerung über ihre Staatsangehörigkeit, keine Anlegung militärischer Stützpunkte seitens Ungarns in diesem Gebiete, falls es bei Ungarn bleiben wolle, volle Autonomie für die Deutschen Westungarns in Schule und Amt, zollfreier Verkehr zwischen Deutschösterreich und Ungarn für eine Reihe von Jahren und Versorgung Deutschösterreichs mit den Ueberschüssen der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns, das sind im wesentlichen die ungarischen Vorschläge.

Sie sind gewiß nicht von vornherein annehmbar, allein sie sind geeignet, als Grundlage für Verhandlungen und entgegen gewissen Zeitungstimmen kann festgestellt werden, daß die deutschösterreichische Deffentlichkeit vor allem die Loyalität anerkennt, die die ungarische Regierung dadurch bekundet hat, daß sie sich im Gegenseitigen zu der Prager Geheimdiplomatie, nach Ueberreichung der Vorschläge bei der Wiener Regierung damit auch an die Deffentlichkeit gewendet hat und damit den demokratischen Grundgedanken gerecht geworden ist, als es Dr. Krenner, Lufar und Benesch mit ihren geheimen Verhandlungen taten. Allerdings hat die ungarische Regierung es leichter im vollen Tageslicht zu operieren. Während die Prager Verhandlungen Vereinbarungen bezweckten, die eine deutsche aggressive Tendenz gegen andere Staaten haben, und die Deutschösterreich verpflichten sollen zur Befestigung der Grundlagen des Friedens von Saint-Germain, also im Interesse der dauernden Bergemaltung Deutschösterreichs, und im Interesse der imperialistisch-annexionistischen Politik der Tschecho-Slowakei schwere Lasten auf sich zu nehmen, weisen die ungarischen Vorschläge weder diese aggressive Tendenz auf, noch verpflichten sie Deutschösterreich für die Aufrechterhaltung eines Vertrages, der Deutschösterreich dem Glende ausliefert, noch Opfer zu bringen. Die ungarischen Vorschläge muten Deutschösterreich nicht zu, Ungarn im Falle eines Krieges mit einem seiner Nachbarn aktiv oder passiv zu unterstützen, wie die Tschecho-Slowakei es von Deutschösterreich verlangt und auch das ungarische Angebot betreffend Westungarn, ist nicht herab, daß es von vornherein von der Hand zu weisen wäre. Die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes im Wege einer Volksabstimmung kann schon deshalb nicht grundsätzlich abgelehnt werden, weil damit auch die Grundlage zerstört werden würde, auf der die vier Millionen Deutschen, die gewaltfam der Tschecho-Slowakei einverleibt worden sind, und die Deutschösterreich um ihr Recht kämpfen. Nur für den, der alle diese Deutschen preisgeben will und die Bedingungen des Friedens von Saint-Germain mit all seinen fürchterlichen unerträglichen Lasten für Deutschösterreich als etwas Heiliges, für alle Zeiten unantastbares betrachtet, ist auch in der westungarischen Frage durch das Gebot der Entente das letzte Wort gesprochen. Allerdings müßten reale Tüchtigkeiten für eine wirklich freie, von keiner Seite beeinflusste Volksabstimmung in Deutschösterreich geboten werden, und ob und wie das möglich ist, darüber sollen eben Verhandlungen Klarheit schaffen. Daß in Saint-Germain Deutschösterreich die westungarischen Komitate nur geschenkt wurden, um Deutschösterreich

dauernd mit Ungarn zu verfeinden und dadurch umso leichter in den tschechisch-südslawischen Block hineinzuwringen zu können, der an Stelle Deutschlands und gegen Deutschland die mitteleuropäische Vormacht werden soll, darüber hat niemals auch nur der geringste Zweifel geherrscht. Ganz abgesehen von den außerordentlichen wirtschaftlichen Vorteilen der ungarischen Vorschläge für Deutschösterreich, würde ihre Ablehnung von vornherein Deutschösterreich mit gebundenen Händen der Tschecho-Slowakei ausliefern und die Ernährung Deutschösterreichs von dem Wohlwollen eines Staates abhängig machen, dessen Politik die Tendenz hat, Deutschösterreich, beziehungsweise Wien und den westungarischen Streifen, als Korridor zur Adria zu benützen und die Deutschen dadurch auch vom Sidon und Südosten vollständig abzusperrern.

Von diesem Standpunkte aus beurteilt man in den hiesigen bürgerlichen politischen Kreisen das ungarische Angebot, im Gegenseitigen zu der sozialdemokratischen Parteileitung, die ein Bündnis mit der Tschecho-Slowakei einer Verständigung mit Ungarn vorzieht, weil sie von den Neuwahlen in der Tschecho-Slowakei einen vollen Sieg der tschechischen Sozialdemokratie erhofft, während die Wahlen in Ungarn eine monarchistische Mehrheit ergeben haben.

### Deutsch-Österreichs Notlage.

Berlin, 22. Februar. (Von unfr. Berliner Büro.) Aus Wien meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen der deutsch-österreichischen Staatssekretäre bedeutet nur eine überaus bescheidene Augenblickshilfe. Die Ernährung Deutsch-Österreichs ist nur bis Ende Mai sichergestellt. Trotz den erbetenen 250 Millionen Francs sind nur 50 Millionen ausländische Wertpapiere zur Verwertung freigegeben worden. Auch die sonstige Kreditgewährung ist völlig ungewiß. An den ausländischen Stellen und in der gesamten Presse wird das Resultat als völlig unbefriedigend bezeichnet. Es bleibt kein anderer Weg als der Anschluß.

### Die Lage im Osten.

Wladivostok, 23. Febr. (W.B.) Verpätet eingetroffen. Die Sowjet-Armee hat der Armee des General Koppel eine Niederlage zugefügt und ist in Rufstut eingezogen. Mit den Tschechen wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen.

### Die Auflehnung gegen Großbritannien.

Ein Attentat in Kairo. Kairo, 23. Febr. (Havas.) Am Samstag morgen wurde gegen den Wagen des Lord Balfour, der sich nach dem Ackerbauministerium begab, eine Bombe geworfen. Es wurde niemand getroffen. Zwei Studenten wurden verhaftet, von denen einer zugab, das Attentat ausgeführt zu haben.

### Englands Furcht vor der Erhebung des Islam.

Amstredam, 22. Febr. (W.B.) Wie die englischen Blätter melden, wurde der Bizekönig von Indien von dem Befehl der Allierten, daß der Sultan in Konstantinopel bleiben solle, amtlich verständigt. Es sind Vorkehrungen getroffen, um diese Tatsache in ganz Indien amtlich bekannt zu geben.

### Erzbergers Steuererklärungen.

Der bereits in der Mittagsausgabe erwähnte Artikel der „Hamburger Nachrichten“ hat folgenden Wortlaut: Der Reichsfinanzminister Erzberger hat sich wiederholt auf das schärfste gegen die Steuerhinterziehung ausgesprochen. Er hat am 12. August 1919 in der Nationalversammlung in Weimar ausgeführt, seine Maßnahme sei auf diesem Gebiet scharf genug, um das öffentliche Gewissen aufzurufen und Gerechtigkeit für alle zu schaffen. „Denn der Mann, der sich seiner persönlichen Pflicht auf dem Gebiete der Steuerleistung entzieht, schädigt nicht nur die Allgemeinheit, sondern er schädigt jeden Bürger persönlich und jeder deutsche Bürger muß mehr Steuern bezahlen, weil ein anderer seine Pflicht nicht erfüllt.“ Wie ist es nun um die Steuermoral des Herrn Reichsfinanzministers selbst in der Praxis bestellt? Im Helfferich-Prozess hat Herr Erzberger ausgeführt, daß er selbst und seine Frau, als er im Frühjahr 1904 nach Berlin verzog, bereits über Vermögen verfügt hätte. Dagegen hat bei der Steuererklärung für das Jahr 1904 Herr Erzberger keinerlei Einkünfte aus Kapitalvermögen angegeben und auch für die nächsten 3 Jahre nur die bescheidene Summe von 140 M.

Es fragt sich nun, ob damals in seinen Steuererklärungen Herr Erzberger die Unwahrheit gesagt hat oder im Prozeß. Wir möchten in diesem Falle annehmen, daß er in seinen Steuererklärungen gewissenhafter gewesen ist als in seiner Aussage vor der Strafkammer. Sein Einkommen aus gewinnbringenden Beschäftigungen wurde von Herrn Erzberger in seinen Steuererklärungen für das Jahr 1908 auf 6000 M., das Jahr 1913 auf 7500 M. — und für die nächsten beiden Jahre auf 8000 M. — angegeben. Aus dem Helfferichprozeß geht hervor, daß in den Jahren 1908—10 Herr Erzberger in einer ganzen Reihe von Fällen, mindestens aber fünf Mal als Schiedsrichter bei Eisenbahnbauten gewesen ist.

Im Jahre 1916 hat Erzberger nach dem oben erwähnten Blatt sein Gesamteinkommen aus gewinnbringender Beschäftigung auf 23000 M. angegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß er im Jahre 1915 in den Ausschichtsrat von Thaffen mit einem seitens Jahres Einkommen von 40000 M. eingetreten sei und daß er außerdem erhebliche Einkünfte aus seiner schriftstellerischen und sonstigen Tätigkeit gehabt habe. Für das Jahr 1917 habe Erzberger sein Einkommen auf 40000 M. deklarieren. Er hätte nach Auffassung der „besonderen Seite“ ein Einkommen von 75—80000 M. deklarieren müssen. Im Jahre 1918 gab Erzberger sein Einkommen mit 20000 M. an. Die Steuerbehörde lehnte das steuerpflichtige Einkommen durch Verzicht auf 40000 M. hinauf. Für dieses Jahr hätte er, nach Ansicht des Artikelschreibers, aufgrund der Verlenne die 40000 M. aus der Einkommensteuer, die er im Jahre 1917 nach voll bezogen hatte, deklarieren müssen, außerdem

7000 Mark als Mindestbetrag der aus der Ausschichtsratsstellung bei Berger Tiefbau zu erwartenden Ländere. Für 1919 habe er sein Einkommen aus gewinnbringenden Beschäftigungen mit 16700 M. angegeben. Er bezog aber als Staatssekretär ein steuerpflichtiges Gehalt von 30000 M. und 10000 M. Mark steuerpflichtigen Wohnungsgeldzuschuß. Außerdem waren zu deklarieren die aus der Bergerischen Ausschichtsratsstellung für das Geschäftsjahr 1918 noch zugehenden Einkünfte, die sich nach der Aussage des Kommerzienrats Berger auf etwa 15000 Mark belaufen. Das sind, wohlgemerkt, nur Feststellungen über keine Angaben betreffend seine Einkünfte aus gewinnbringender Beschäftigung, und auch das nur, soweit diese Feststellungen sich aus den zufälligen Erörterungen des Helfferich-Prozesses ergeben. Mit den Einkünften Erzbergers aus Kapitalvermögen beschäftigen wir uns heute noch nicht, auch nicht mit der Frage, wie die im Prozeß Helfferich zur Sprache gekommenen recht erheblichen Kapitalanlagen Erzbergers (bei Anshdat allein 112000 Mark innerhalb eines einzigen Jahres) sich mit dem von ihm angegebenen Einkommen in Einklang bringen lassen. Das Rätsel wird um so größer, wenn man berücksichtigt, daß Erzberger in diesen Jahren nicht nur geparkt, sondern Ausgaben größten Stils gemacht hat, und zwar nicht nur in entwerteter deutscher, sondern auch in hochstehender schweizerischer Valuta.

### Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

Berlin, 23. Febr. (Von unfr. Berl. Büro.) Bei Beginn der heutigen Sitzung des Erzberger-Helfferich-Prozesses gab Geheimrat von Gordon eine längere Erklärung ab, in der die Behauptung über die Unwahrscheinlichkeit des Reichsfinanzministers über die in einem von Rechtsanwalt Alsdorf an einem der letzten Verhandlungstage gestellten Antrag enthalten seien, zu widerlegen suchte. Eine längere Debatte entstand darüber, ob die Strafgamme, wie die Verteidigung beantragt hatte, herangezogen werden sollen, um darzutun, daß Erzberger im Verlaufe dieses Prozesses Aussagen gemacht habe, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Die Frage wurde vorläufig noch offen gelassen. Rechtsanwalt Alsdorf überreichte ferner den Geschäftsbericht der Berger-Tiefbau A.G. vom Jahre 1916, in dem gesagt wird, daß die Schiedsprüche zu Gunsten der Firma gefällt worden seien, während Erzberger und Kommerzienrat Berger in der Verhandlung behauptet hätten, daß die Schiedsprüche, an denen Erzberger mitgewirkt habe, zu Ungunsten der Firma ausgefallen wären.

Geheimrat Gordon bemerkte dazu, daß der Geschäftsbericht sicher etwas geschmeichelt sei. Rechtsanwalt Friedländer teilte mit, daß der Reichsfinanzminister bei der in dieser Woche stattfindenden Beratung der Steuerprobleme in der Nationalversammlung für eine Stellvertreter Sorge getragen habe, jedoch er auch in den nächsten Tagen der Verhandlung beizuwohnen könne. Es liege ihm sehr daran, die Gerichtsverhandlung zu beschleunigen. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß man vielleicht noch in dieser Woche mit der Weisungsaussprache zu Ende käme.

Allerdings würden dann die Sitzungen wahrscheinlich auch eine Woche dauern. Im übrigen kam es zu einer weiteren formeller Erörterung, die geräumt in Anspruch nahm. Der Vorsitzende suchte sich gegen das Hinzuziehen der neuen Zeugen zu wehren und meinte, es sei genug der Zwischenfälle. Man müsse endlich sehen weiter zu kommen.

### Das Reichsgesetz über die Grundschule.

#### Die Aufhebung der Vorschulen.

Aus Kreisen des Deutschen Lehrervereins schreibt man uns: Die Schulgesetzgebung des Deutschen Reiches geht den selben Weg, den die preussische Unterrichtsgesetzgebung seinerzeit gegangen ist. Die preussische Verfassung stellte allgemeine Grundsätze für die Unterrichtsgesetzgebung auf und bestimmte, daß auf dieser Grundlage ein Gesetz das gesamte Unterrichtswesen regeln solle. Der preussische Staat hat diese Arbeit in 70 Jahren nicht zustande gebracht. Jahrzehnte hindurch wurde durch jene Verfassungsbestimmung die Einzelgesetzgebung gehindert, bis man sich dazu entschloß, einzelne Steine zu dem vorhergehenden großen Unterrichtsbau herbeizutragen. Das Unterrichtsgesetz der Verfassung ist auf diese Weise zwar nicht zustande gekommen, aber in einer Reihe von Einzelgesetzen sind allmählich die dringendsten Fragen: Schulaufsicht, Lehrerbeförderung, Wittwenversorgung, Schulunterhaltung usw. geregelt worden. Alle inneren Fragen dagegen sind noch heute der Verordnungen und der Ministerialbefehle vorbehalten. Für die im Gange befindlichen Umgestaltungen des preussischen Schulwesens war das von entscheidender Bedeutung.

Durch die Vorlegung eines „Gesetzentwurfes“ betreffend die Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen“ betritt die Reichsversammlung denselben Weg, nur nicht erst nach Jahrzehnten, sondern nach weniger als einem Jahre. Die Gründe sind andere. Sie liegen nicht in Verfassungsbestimmungen, sondern in der Schwierigkeit eines alle Teile des Schulwesens und sämtliche innere und äußere Schulfragen umfassenden Gesetzgebung. Man wird den Schritt der Reichsregierung billigen müssen, um so mehr, als die betreffenden Verfassungsbestimmungen den Weg für die Lösung der einzelnen Schulfragen ziemlich bestimmt bezeichnen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen die vier Schuljahre der Volksschule die Grundschule für alle weiterführenden Schulanstalten bilden. Die Vorschulen sind abzubauen bzw. aufzuheben. Die vollständige Aufhebung muß bei den öffentlichen Vorschulen bis zum Jahre 1924/25, bei den privaten bis zum Jahre 1929/30 beendet sein. Die Erteilung von Privatunterricht und die Errichtung von Privatschulen soll auf wenige Ausnahmefälle (einsame Gehörte, kranke, vierjährige Kinder usw.) beschränkt werden. Das Gesetz wird als ein Übergangsgesetz bezeichnet. Den Vorschriften über den Aufbau des gesamten Schulwesens in einem Reichsgesetz soll damit nicht vorgeschrieben werden. Es soll, noch vor der Reichsschulkonferenz, nur das geregelt werden, worüber zur Zeit kein Streit mehr ist und was von den Ländern und Gemeinden für das nächste Schuljahr bereits verlangt wird.

Aus diesem Grunde kann man manche Bedenken gegen den Gesetzentwurf zurückstellen, insbesondere die schweren Bedenken gegen die Beschränkung der gemeinsamen Grundschule

auf die völlig unzureichende Zeit von vier Jahren. Es muß an dieser Stelle mit Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Volksschullehrerschaft eine solche Schule nicht als eine Grundschule ansieht, die die großen jugend- und volkserzieherischen Aufgaben, die der Grundschule zufallen, lösen kann. Die deutsche Lehrerschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrheit eine sechsjährige Grundschule gefordert und wird die sechsjährige Grundschule auch bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck als eine Forderung geltend machen, die weiter besteht und in einem in nicht zu langer Zeit folgenden Reichsgesetze erfüllt werden muß. Der Gesetzentwurf bewegt sich auf dem Wege zum Ziele. Damit mußte man sich vielleicht einverstanden begnügen.

Welches Schicksal die Vorlage in der Nationalversammlung haben wird, ist ungewiß. Die Hauptbestimmungen: Aufhebung der Vorschulen und Bezeichnung der Unterstufe der Volksschule als Grundschule, wird kaum ernstlich beanstandet werden. Dagegen gehen die Ansichten über die Unterrichtsfreiheit bzw. über das Schulmonopol des Staates, das in der fast vollständigen Unterdrückung der Privatschulen und des Privatunterrichts zum Ausdruck kommt, weit auseinander. Die Regierungsmehrheit wird dabei schwerlich denselben Weg gehen. Es kann sich leicht eine Mehrheit gegen die Bestimmungen zusammensuchen, die aus ganz verschiedenen Gründen für den privaten Unterricht eintritt: Die Rechte, um die Ständeschule, das Zentrum, um die Bekanntheitsschule zu schützen, die Mittelpartei und ein Teil der Demokratie, weil sie dem Staate kein unbeschränktes Schulmonopol einräumen wollen und gerade bei voller Durchführung der Einheitschule für jeden Staatsbürger das Recht verlangen, in privaten Einrichtungen auf eigene Kosten seine Kinder nach den Befehlen des Staates unterrichten zu lassen. Es wird vielleicht vielen als ein unantastbares staatsbürgerliches Recht erscheinen, ihr Vermögen und ihr Einkommen für die Erziehung ihrer Kinder nach bestem Wissen und Gewissen frei zu verwenden, und man wird dem Staate, der die Verwendung des Eigentums und des Einkommens selbst in nicht einwandfreier Weise nicht hindern kann, nicht das Recht und die Macht geben wollen, die Verwendung eigener Mittel zur Kindererziehung zu beschränken oder gänzlich zu verhindern. Hier liegen die Klippen, und vielleicht hätte ein sonst so vorsichtig abgegrenzter Gesetzentwurf auch hier zurückhaltender sein und sich, der Verfassung entsprechend, auf das Verbot privater Vorschulen beschränken sollen.

Mit der Vorlegung des Gesetzentwurfs unternimmt die Reichsregierung einen ersten Schritt auf einem neuen Gebiet. Doch und wie er gelingt, wird für die ganze kommende oder doch in Aussicht gestellte Reichsschulgesetzgebung wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung werden. Wir begleiten diesen Schritt mit aufrichtigen Wünschen — stellt er doch die Erfüllung einer lange vergeblich erhobenen Forderung der Volksschullehrerschaft dar, der Forderung, daß die höchste öffentliche Gewalt in deutschen Landen neben allen andern großen Volkswesen auch die Jugend- und Erziehungspflege und -schützen helfen solle und sie damit als das zu bezeichnen, was sie ist, als eine der höchsten Aufgaben, die einem gebildeten Volke in seinem Staate zu lösen aufgegeben sind.

**Eigentum verpflichtet!**

**Zu der Veräußerung deutschen Grundbesitzes an Ausländer.**  
DWA. In der neuen Reichsverfassung lesen wir in Artikel 153 die Sätze: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.“ Diese Sätze sind nicht zufällig in die Verfassung gekommen, sie entsprechen vielmehr tiefgehenden, auf langen Entwürfen beruhenden Anschauungen unseres Volkes. Es drückt sich in ihnen einmal die alte deutsche Rechtsanschauung gegenüber der viel weitergehenden Eigentumsfreiheit des römischen Rechtes aus, zum anderen aber auch die christliche Anschauung, wonach aber Besitz nur ein von Gott zur richtigen Nutzung verliehenes Gut und Amt ist, und endlich entspricht dieser Grundgedanke auch dem auf so langen Kämpfen beruhenden modernen sozialen Empfinden. Man darf danach sagen, daß wer sich mit diesen Grundgedanken in Widerspruch setzt, gegen die besten sittlichen Kräfte in unserem Volkswesen handelt. In verhärtetem Grade gilt diese Auffassung des Eigentums natürlich gegenüber dem Grundbesitz, das ja mit dem Wohl und Wehe des Gemeinwesens besonders eng verknüpft ist. Nun gibt es aber gegenwärtig wohl keine dringender Verpflichtung für alle Deutschen, die Grundbesitz besitzen, als dieses unserem Volke und seinen kommenden Geschlechtern ungeschmälert zu erhalten. Deutschland ist ohnehin schon

so entsehrlich arm geworden, daß es auf seinen Grundbesitz doppelt und dreifach angewiesen ist. Die besagte Bewahrung, Pflege und Vererbung dieses uns vererbten Gutes ist unerlässlich, wenn wir irgend wieder in die Höhe kommen wollen.

Was aber sehen wir? Unausgesprochene Veräußerungen an Ausländer, die infolge der bekannten Valutaverhältnisse gute Preise bieten können. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß wir keine Woche, wo wir nicht von mehr oder minder umfangreichen solchen Veräußerungen lesen. Einmal handelt es sich um Hotels oder gute Remisendhäuser, ein anderes Mal um Industrieanlagen oder Bergwerkseigentum, ein drittes Mal wieder um Landgüter oder schön gelegene Wohnsitz. Wie sind auf diese Weise in Gefahr, daß uns unser Boden wirtschaftlich unter den Füßen wegschlagen wird und daß wir Fremdlinge werden im eigenen Lande. Das Treiben der Deutschen, die hierzu die Hand bieten, schämt allem Vaterlandsgesühl und allen sittlichen Grundgesetzen ins Gesicht. Es ist zu verlangen, daß die Regierung und Verwaltung, soweit dazu nach dem Freiheitsvertrauen noch die Möglichkeit vorliegt, dagegen vorzugehen. Aber das allein genügt nicht, das stille Bewußtsein unseres ganzen Volkes, vielmehr muß sich gegen diese Dinge auflehen und praktisch die nötigen Folgerungen ziehen. Es mag ja infolge ganz besonderer Umstände auch jetzt einige Fälle berechtigter Veräußerung an Ausländer geben. Absehen von diesen Ausnahmefällen aber muß derjenige, der heutzutage deutsches Grundbesitz irgendwelcher Art an Ausländer in irgend einer Form veräußert, als diejenige gelten und auch äußerlich behandelt werden, was er tatsächlich ist: nämlich als ein Schädling und Feind des Vaterlandes. Er werde verurteilt und mit Acht und aus seinem Berufsstelle wie aus der Gesellschaft ausgeschlossen wie einst der Gebannte im Mittelalter! Das Wort unserer Verfassung soll nicht auf dem Papiere stehen bleiben, Eigentum verpflichtet! Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste. Wer sich dagegen verhält, der trägt die Folgen.

**Deutsches Reich.**

**Der Rhein-Main-Donau-Kanal.**

München, 23. Febr. (Priv.-Tel.) In der Sitzung des Reichstages fand am gestrigen Sonntag eine fast den ganzen Tag ausfüllende Beratung über das vom Rhein-Main-Donau-Stromverband vorgeschlagene Projekt des Rhein-Main-Donau-Kanals mit der Aftensführung über Belgien statt. Außer den Bundestagsmitgliedern waren Vertreter des Stromverbandes und Kanalvereins, der Handelskammer, der Techniker, der interessierten Städte, der rheinischen Kohlenindustrie usw. erschienen. Von den meisten Rednern wurde die Aftensführung über Belgien als die günstigere erachtet. Hinsichtlich der württembergischen Redarprojekte, dann auf die Haltung des Reiches und endlich auch auf die Gefahr eines Entzweifelns hingewiesen. In einer angenommenen Entschließung wird die vom Stromverband vorgeschlagene Aftensführung als die zweckmäßigste anerkannt, sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten gefordert und vom Reich für den Fall der Übernahme der Wassertrassen Förderliche Behandlung der süddeutschen Wasserstraßen erwartet. Der neue Großschiffahrtsweg stellt im Projekt die größte Schiffahrtstraße des deutschen Reiches dar.

Die bayrische Regierung legte dem Landtag einen Entwurf vor, bei Berechtigung von 65 Mill. Mark als erste Rate zur Fortführung der Rhein-Main-Donau-Kanalisation von Altschaffenburg-Würzburg und zum Ausbau der Donau-Wasserstraße von Regensburg bis Passau. Mit Inbegriffen ist die Ausnutzung der Bolkraft und zwar ist am Main eine Jahresleistung von 222 Mill. Kilowattstunden, an der Donaustrecke Regensburg-Passau eine solche von 244 Mill. Kilowattstunden zu erwarten.

Am Mittwoch beginnen in Würzburg die Verhandlungen des bayerischen Verkehrsministeriums über die Wasserstraße in Deutschland. Vorhitz führt der bayerische Ministerialdirektor Dr. Grafmann. Man hofft, die Verhandlungen bis zum Ende der Woche fertig zu bringen. Das Reichs-Verkehrs-Ministerium wird durch den Unterstaatssekretär Peters vertreten sein.

**Die Klubschwelgerei.**

Die Berliner Redaktion schreibt: Die Vorgänge, die zur Verhaftung des Leiters der Reichsflüchtlingsverwaltung Nathan führten, haben immer noch keine genügende Klärung gefunden. Die Reichsflüchtlingsverwaltung selber, ihre führenden Persönlichkeiten und ein Teil der Presse ist über die Verhaftung des Direktors Nathan empört. Diese Seite behauptet, daß die Reichsflüchtlingsverwaltung korrekt gehandelt habe und daß alle ihre Maßnahmen und Preisfestsetzungen im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium geschehen seien. Man wird aber sagen müssen, daß die Deffektivität solchen Truismen nicht zu folgen vermag. Wie lag denn die Sache? Rheinische Fischhändler hatten aus Holland Fische bezogen. Für diesen Import hatte die Einfuhrerlaubnis erteilt, die Reichsflüchtlingsverwaltung ließ also die Ware beschlagnahmen. Sie

hierin läßt sich die Korrektheit ihres Vorgehens nicht bestritten: Wenn wir einmal aus Volantgründen Einfuhrverbote haben, müssen sie respektiert werden. Aber was ist weiter geschehen? Die Reichsflüchtlingsverwaltung bezahlte für die beschlagnahmte Ware ungefähr 30 Mark pro Tonne und gab sie dann erst für 450 Mark pro Tonne zum Verkaufe frei. Das ist es, was die Deffektivität nicht versteht. Das Richtige und Natürliche wäre doch gewesen, die Ware nun an die mindermittelte Bevölkerung zu dem möglichst niedrigsten Preise abzugeben — also nur um ein ganz klein wenig teurer, als sie die Reichsflüchtlingsverwaltung infolge der Beschlagnahme erworben hat. Warum mußte denn nun die Ware 400 Mark pro Tonne verteuert werden? Es will gar nichts besagen, wenn man behauptet wird, die Gewinne der Reichsflüchtlingsverwaltung fließen ganz in die Tasche des Reiches. Dann macht das Reich eben Gewinne auf Kosten der notleidenden Bevölkerung. Weil diese die Waren, die ihr durch die Kriegs-gesellschaften zustießen, so teuer bezahlen muß, reicht niemals das Einkommen der mindermittelten Bevölkerung aus. Darum muß der Staat immer wieder die Löhne seiner Arbeiter und die Gehälter seiner Beamten steigern. Was er durch seine Beteiligung an den sogenannten Verdiensten der Kriegsgesellschaften verdient und in die eine Tasche steckt, muß er dann aus der anderen Tasche wieder ausgeben — auf dem Umwege über eine Ueberfülle von unnützer Organisation, Bürokratie, Schreiberel und Klubschwelgerei. Das Unheil des Systems der Invasionswirtschaft hat selten ein Fall so schlagend bemiesen, wie das Beispiel von der Reichsflüchtlingsverwaltung.

**Für Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum.**

München, 23. Febr. (Priv.-Tel.) In einer in Nürnberg abgehaltenen Versammlung der Funktionäre der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Bayerns und der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit sowie der Presse stattfand, wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum in möglicher Kürze erfolgt. Die Vertreter als Anhänger der Bayerischen Volkspartei erklärten, daß sie auf dem Boden der Reichsvereinszugehörigkeit stehen und erkennen sie als zu Recht bestehend an.

**Letzte Meldungen.**

**Ausgebungen im Schleswiger Wahlkreisgebiet.**

Berlin, 22. Febr. (Von uns. Berl. Büro.) Wie aus Hildesburg gemeldet wird, fanden gestern in der zweiten Zone und in denjenigen Teilen der ersten Zone, welche eine deutsche Mehrheit besitzen, Kundgebungen der deutschen Schleswiger Jugend statt. Die Kundgebungen in Hildesburg fanden auf dem dortigen Gärtnereiplatz statt. Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die Deutschen fordern unter Aufrechterhaltung unserer Proteste gegen die die Deutschen beeinträchtigenden Wahlbestimmungen als Landesgrenze eine Linie, welche gleich große Minderheiten auf beiden Seiten läßt. Schon auf Grund der vorliegenden Wahlergebnisse müßte die Grenze zur Dänemark-Grenze verlegt werden. Wir fordern, daß zum endgültigen Ergebnis das der zweiten Zone herangezogen wird. Nur auf der Grundlage des Reichstages kann eine Verhandlung von Volk zu Volk erreicht werden.

München, 23. Febr. (Priv.-Tel.) In einer stürmisch verlaufenen stark besuchten Versammlung der Münchener Unabhängigen, die sich mit der Freilassung der politischen Gefangenen beschäftigte, wurde ein Antrag angenommen, daß die Unabhängigen und Kommunisten in einer gemeinsamen Aktion Freilassung der Gefangenen fordern, nötigenfalls mit dem Generalstreik erzwängen wollen. Der bayrische Justizminister Dr. Müller-Reinigen wurde in der Versammlung stark angegriffen, und einem Vertreter erklärt, der Minister werde schon seine Richter finden, wenn die Volkswilligen kämen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Behandlung der politischen Gefangenen durch die Justizbehörde, insbesondere durch den Justizminister Dr. Müller-Reinigen verurteilt und die ausgesprochenen Urteile als Klassenurteile bezeichnet, und ihre sofortige Aufhebung gefordert.

Bresla, 22. Febr. (Von uns. Berl. Büro.) Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Reichs- und Landtage ist jetzt dem Reichstag, vom Minister der Justiz unterschrieben, zugegangen.

**Die Talentprobe.**

Eine Erzählung aus dem alten Mannheim.  
Von Heinz Weiten.

3) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Dacht ich es mir doch! Dacht ich es mir doch! Der Gottesmann weiß von nichts. Ganz Mannheim spricht heute vom Schiller, in jedem Hause zitierten sie Sätze aus den Räubern. Der Name Schiller liegt auf jeder Zunge; die Zungen schwärmen für ihn und die Alten zetern gegen ihn. Nur hier her in die lateinische Küche ist noch kein Sterbenswürtlein getragen.“

Er rüschte von seinem Schemel herunter und stellte sich grandios in Postur. Die Linke legte er auf den Rücken, wobei er ausgestreckte Zeigefinger der Rechten die einzelnen Worte seiner Rede in kurzen, eindrucksvollen Gesten unterstrich.

„So vernehmet denn, Verehrtester, daß am Himmel der deutschen Literatur ein neuer Stern aufgegangen ist, ein Stern der hell erstrahlt gleich dem Stern Lessing und Goetische und Gellert. Und Friedrich Schiller ist dieser Stern benannt. In Mannheim wurde der Stern entdeckt. Gestern haben sie das Stück von Friedrich Schiller gespielt, das Stück, von dem heute tout le monde spricht. Aus Frankfurt, aus Darmstadt, aus der ganzen Welt strömten die Menschen gestern in Mannheim zusammen, um das neue Spektakel zu sehen, das Herr von Dahlberg uns serviert hat und ist eine Attraktion ersten Ranges geworden, eine Attraktion, von der heute jedermann spricht, jedermann — außer Euch. Denn Ihr vergräbt Euch gleich dem Fuchs in Eurem Bau, braut aus Rieswurz und Leinwandbröckchen Kräfte zusammen und wist nicht, was in der Welt vorgeht. Meinen Magisterhut weite ich gegen Eure Wirturen, daß Ihr den Namen Schiller jetzt zum ersten Mal hört.“

Der Apotheker rief sich verlegen die Hände. „Ich kann es ja nachhaken, wenn Ihr meint, daß es notwendig ist. Was ist denn dieser Schiller für Einer? Ist er ein Hiesiger, und was ist so'n Metier? Ihr wist ja, ich besuche die Nationalbühne nicht, habe kein Geheiß nach Fugen und Manzereten.“

Der Magister trat bewegt von einem Bein auf das andere. „Gewiß wist ich das. Ich selbst habe Euch ja erst in den Theaterverein schleppen müssen und hat mich Rühre genug gefostet, als Ihr dort Mitglied wardet, obwohl alle Honoratoren von Mannheim dem Verein angehören. Dort gewesen seid Ihr auch nur ein einziges Mal.“

„Zweimal“, verbesserte der Apotheker.

„Ein- oder zweimal macht keinen Unterschied. Was sie dort spielen, wist Ihr doch nimmer. Aber das muß jetzt anders werden. Verehrtester, Ihr müßt mit in den Verein kommen! Ihr müßt die Nationalbühne besuchen, Ihr müßt die neue Literatur lesen, Ihr müßt Kunstinteressen bekommen. Denn Ihr seid ein Bürger von Mannheim, und Mannheim ist eine Kunststadt, ist die erste Kunststadt von Deutschland. Ist ja eine Schande für die ganze Stadt, daß ein Mannheimer nichts für die Kunst übrig haben soll.“

Der Apotheker suchte zu begütigen. „Ich kann einmal hingehen, mir das neue Spektakel anschauen; kann es auch lesen, wenn Ihr meint.“ Er blätterte zerkümmert in dem dünnen, schmalen Heft. „Was gingen ihn solche Dinge an? Er hätte Bittgärtner zu tun. Nur, um den Gott nicht zu beleidigen, heuchelte er ein wenig Interesse und wiederholte seine Frage.“

„Ist der Monsieur Schiller ein Hiesiger, was ist sein Metier?“ Der Magister schüttelte überlegen den Kopf. „Warum nicht gar! Wenn er ein Mannheimer wäre, müßten wir schon längst von ihm. Herr von Dahlberg hat ein scharfes Auge auf alle aufsteigenden Talente. Rein, aus dem Württembergischen kommt der Monsieur. Ein Stuttgarter ist er. Aber uns Mannheimern gibt er die Distinction, der Welt sein Opus bekannt zu machen. Nur uns Mannheimern. So berühmt ist unsere Nationalbühne und ist doch erst wenige Jahre alt.“

Er schaute triumphierend auf, bereit, jeden niederzuknietern, der wagen würde, die Kunstbedeutung Mannheims anzuzweifeln. Dem Apotheker wurde die Unterhaltung langweilig. Trotz seines Experiments war ihm der Besuch des Magisters nicht unerwünscht gekommen, da der Gevatter stets einen großen Sad voll Neuigkeiten mitbrachte und niemals fortging, bevor sie alle an den Mann gebracht hatte. Er war der einzige haben, der den Apotheker mit seiner Unwissenheit vernünftige, soweit sich diese nicht auf die Apotheke und seine Familie beschränkte. Unausgesprochen gab der Magister seine Mitteilungen, denen nachzutragen der Apotheker unter seiner Würde gehalten haben würde und die ihn gleichwohl interessierten. Denn so gleichgültig, als er sich selbst glauben machen wollte, war ihm keineswegs, was in seiner Vaterstadt vorging, und einige flüchtige Minuten konnte er diesen Dingen sehr wohl widmen. Für solche kurze Informationen war der kleine Magister, der überall Bescheid wußte und niemals lange bei einem Thema verweilte, die am besten geeignete Persönlichkeit. Heute aber schien er von dem Schiller nicht loszukommen.

„Sein Metier wist Ihr wissen? Ja, Verehrtester, um die Wahrheit zu sprechen! Darüber wist ich auch nichts. Er soll ein württembergischer Soldat sein; doch dies ist ein unverbürgtes Gerücht. Morgen werde ich Euch genauer sagen können. Denn morgen dasse ich den Herrn Antendenten zu

sprechen. Er wird gewiß auch auf die Redoute kommen und dort findet sich leicht eine Occasion, mit ihm zu conversieren.“

Der Apotheker atmete befreit auf; endlich glitt das Gespräch in ein anderes Thema. „So, morgen ist die Redoute? Ich glaubte, seit des Kurfürsten Abzug nach München würde sie nicht mehr feiert?“

Der Magister ließ aufgeregt ein paar Mal auf und ab und stellte sich dann breitbeinig vor den stehenden Apotheker, ihm beide Hände auf die Schulter legend. „Auch davon wist Ihr nichts! Von zwei Dingen spricht heute ganz Mannheim, vom Schiller und von der Redoute. Und hier sitzt ein Mensch, ein veritabler Mensch, ein Mannheimer, und wist nicht von einem, nicht von dem andern! Wo lebt Ihr denn, Verehrtester? Bebt Ihr in Mannheim oder lebt Ihr auf dem Nonde? Natürlich wird morgen die Redoute gefeiert; zum ersten Mal wird sie wieder gefeiert und exzellent ganz exzellent wird sie werden, eine Redoute, von der man noch nach Jahren sprechen wird.“

Er kreuzte die Arme, trat einen Schritt zurück und schaute auf den stehenden Apotheker. War es möglich, daß ein Mensch von alledem keine Ahnung hatte! Eine kleine Weile blieb es still zwischen ihnen. Die Augen des Apothekers wanderten im Raume hin und her und blieben an der Pflanze haften. Wenn der Magister bald ginge, würde er es noch einmal aufsuchen können, ehe die Urkel ihn zum Mittagessen rief. Die Hoffnung, interessante Tagesneuigkeiten zu erfahren, hatte er aufgegeben.

Büchlein, holte der Magister seinen Schemel, rückte ihn dicht neben den Apotheker und kletterte blitzschnell hinauf. Ein Gedanke war ihm durch den Kopf geschossen.

„Wist Ihr was, Gevatter! Ich habe eine Idee. Ihr kommt morgen mit mir auf die Redoute! Wost de ma vie! Das müßt Ihr Euch einmal ansehen.“ Haurissus machte ein ernstes Gesicht. „Ich soll — auf — eine — Redoute? Mein Lebtag noch bin ich auf keiner Redoute gewesen.“

Doch der Magister ließ nicht locker. Die Vorstellung, diesen weitfremden Neugierigen, der noch niemals in seinem Leben tanzende Menschen gesehen, noch niemals Musik gehört haben mochte, in die Welt des Leichtsinns einzuführen und ihm die Herrlichkeiten und Freuden zu weisen, die sich buntum Blumen auf den Wegen froher Menschen blühen, war so gewaltig, so ungeheuerlich, daß sie in die Lat umgeschoben werden mußte. Wenn es ihm gar glückte, den Apotheker zum Tanzen zu bewegen! Dem Magister schwindelte es vor den Augen; das würde ein Redoutenpaß werden, von dem noch Kinder und Kindeskindeher sich erzählen würden.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Erasmus wurden aufgrund der kürzlich ergangenen Entschädigung des Staatsministeriums die Mitglieder des Vorstandes...

ep. Gefangenenheimkehr. Der Evang. Oberkirchenrat hat angeordnet, daß die heimgekehrten Sträflinge...

7. Dezember zum Festen der Frauenvereinsfeier des Evang. Frauenverbands für Innere Mission hat 18584 Nacl ergeben.

Die Prüfungen für den mittleren Eisenbahndienst. Mit Ermächtigung des Staatsministeriums vom 27. Januar 1920...

Der gefeierte „Heiliger Abend“ ging im ausverkauften Alibi-Opernhaus vor sich. Das Orchester unter Johannes Heijßigs...

Polizeibericht vom 23. Februar 1920.

Selbstmordversuch. Aus noch unbekannter Ursache suchte sich am 20. Februar ein 24 Jahre alter Dienstmädchen in der...

Trunkenheit. Wegen fälschlicher Trunkenheit mußte ein 60 Jahre alter verwitweter Bäcker von hier, welcher sich im...

Drei Körperverletzungen. — Verübt im Weinstock „Waldheim“ Q 4, 13/14 durch Schlägen mit einem Stuhl, auf der...

Vergnügungen.

„Kunsttheater „Kollo“. Die Vorstellung am Freitag Abend, in der sich Fräulein Astra erklärt hatte, die Unterhaltung...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(Kunstleben Heft.) Graphiker verschiedener Zeiten und Stile sind zu einer umfangreichen Ausstellung vereinigt. Es befindet sich...

Der „Liedertanz“ bringt in seiner am 22. Februar stattfindenden zweiten Neben-Aufführung „Das Meer“...

(Gedächtnis für Adolf in Mannheim.) Im Anschluß an die durch einige Blätter gegangene Notiz, wonach der neue Leiter des...

Berliner Theater.

„Die Gabe Gottes“. Die Gabe Gottes“ nennt sich das Schauspiel von Moritz Gold-

und Fräulein Astra auf das Vorhandensein irgendwelcher technischer Hilfsmittel zu untersuchen, während Herr Gansel im Zuschauer-

Aus Ludwigshafen.

Die Gründung einer gemeinnützigen Altersgesellschaft für Wohnungsbau wurde von der Stadt Ludwigshafen beschlossen. Bei Beratung der...

Aus dem Lande.

Heidelberg, 21. Febr. Da die Abhaltung der ordentlichen Kreiserversammlung in der nächsten Zeit nicht erfolgen kann, soll eine außerordentliche Kreiserversammlung einberufen werden...

Heidelberg, 22. Febr. Ein Liebesdrama spielte sich gestern Nachmittag gegen 4 Uhr in der Nähe des Königsplatzes ab.

Überbach, 20. Febr. Ein Metzgerlehrling wurde im Stalle seines Bräutigams von einem Pferd neben dem Leib getreten.

gesteht und findet sich bei Frau Birch-Belless oder Erdmann-Christians Docternährlichen Guevern. Keinerlich erinnern auch die französischen Namen...

(Für die 800-Jähriger der Stadt Freiburg) Im Juni dieses Jahres wird Pfarrer's Kollektiva vorbereitet. Auf Wunsch des...

Wörthheim, 18. Febr. Eine Abordnung, bestehend aus Mitgliedern der Stadtverwaltung, der Handelskammer und des Landtags...

Heinrichen (H. Rehrich), 22. Febr. Am Mittwoch nachmittags wurde die Familie Unger von einem schweren Unglücksfall betroffen.

Ungar, 20. Febr. Der Zufall hat in Fritschau H vollständig niedergebrannt. Mehrere Kühe, Schweine und ein Pferd sind mitverbrannt.

Ueberlingen, 18. Febr. Der Witwe des vor kurzem verstorbenen Bürgermeisters Beh sind zahlreiche Beileidskundgebungen zugegangen.

Sportliche Rundschau.

Die sonntägigen Fußballwettkämpfe.

B. I. R. — Feudenheim 1:1 (1:0). (Wettkampf) Nachdem das 1. B. auf Grund einer Vereinbarung zwischen obigen Vereinen...

Sportverein 07 Waldhof — V. f. B. 02 Heidelberg 3:1 (1:0). Ein schönes, faibles Wettkampfspiel, das von einer herrlichen Zuschauermenge...

Hoden. In den Sonntagsspielen wurden folgende Resultate erzielt: Sportklub Frankfurt a. M. — Hosenkl. Darmstadt 9:1, Mod. Sportklub...

Winternport. Eisjochen. Auf der künstlichen Eisbahn in München gewann gestern der Wts. München die Bayer. Meisterschaft gegen den Münchener Hodenklub...

Wetternachrichtendienst. Beobachtungen vom Montag, den 23. Februar 1920, 8 Uhr morgens (MZF).

Table with columns: Ort, Windrichtung, Windstärke, Temperatur, etc. for various locations like Hamburg, Köln, Berlin, etc.

Table with columns: Ort, Windrichtung, Windstärke, Temperatur, etc. for various locations like Karlsruhe, Heidelberg, etc.

Allgemeine Witterungsüberblick. Ueber Norddeutschland hat sich ein kräftiges Tiefdruckgebiet gebildet...

# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Reichsbankausweis vom 14. Februar.

Berlin, 23. Febr. (Eig. Drahtb.) Der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 14. Februar zeigt nach der Entlastung der Vorwoche wieder eine recht bedeutende Zunahme der Anlagekonten. Dieser Wechsel in der Entwicklung der Anlagen, nämlich Steigerung in der zweiten und letzten, Verminderung in der ersten und dritten Woche hängt, wie schon öfter erörtert, im wesentlichen damit zusammen, daß die Inanspruchnahme der Bank durch Reich und Private am 15. und am Ende des Monats besonders stark zu sein pflegt, während andererseits an diesen Tagen der freie Markt für Schatzanweisungen nicht sonderlich aufnahmefähig ist, da die Banken, Sparkassen usw. bestrebt sind, an diesen Terminen größere Mittel für den privaten Bedarf zur Verfügung zu halten. Die gesamte Kapitalanlage stieg in der Berichtwoche um 1610 Millionen auf 37097,4 Millionen M. Die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 1591,7 Millionen M. Der Gegenwert der erlösten Kredite verblieb andererseits der Bank zum erheblichen Teile, sodaß die fremden Gelder eine Zunahme um 157,3 Millionen auf 11955,6 Millionen M. zeigten.

Die Entwicklung des Zahlungsmittelbedarfes war, wie in den beiden vorhergehenden Wochen, wenig befriedigend. Der Neubedarf an papierenen Zahlungsmitteln betrug in der Berichtwoche 595,3 Millionen M., während an solchen Geldzeichen in der entsprechenden Woche des Vorjahres nur 126,3 Millionen M. beansprucht wurden und in der zweiten Februarwoche des Jahres 1918 sogar nur 15,8 Millionen aus dem Verkehr zurückströmten. Besonders stark erhöhte sich diesmal der Banknotenlauf nämlich um 789,9 Millionen auf 38787,2 Millionen M., während der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 1946 Millionen auf 12690,6 Millionen M. eingeschränkt werden konnte. Die Bestände an Gold, Scheidemünzen und Reichskassenscheinen zeigen wie üblich nur unwesentliche Veränderungen.

Der Darlehensbestand bei den Darlehnskassen verminderte sich um 108,9 Millionen auf 24855,4 Millionen M. Eine dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehenskassenscheinen wurde den Darlehnskassen von der Reichsbank zurückgegeben, die ihrerseits, wie oben erwähnt, einen Rückfluß an solchen Zeichen aus dem Verkehr in Höhe von 194,6 Millionen zu verzeichnen hatte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen wuchs um 85,6 Millionen auf 12044,4 Millionen M.

Bestand an kursfähigem deutschem Geld und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 278 Mark berechnet.

Vermögen (in 1000 Mark)	gegen die Vorwoche
Metallbestand	1112597 + 944
darunter Gold	1090851 + 357
Reichs- und Darlehenskassenscheine	12080172 + 85719
Noten ander. Banken	3149 + 742
Wechsel, Schecks und disk. Schatzanw.	37888333 + 1591699
Lombarddarlehen	14029 - 1316
Wertpapierbestand	195072 + 31894
Sonstiges Vermögen	2596076 - 712322
<b>Verbindlichkeiten.</b>	
Grundkapital	180000 (unver.)
Rücklagen	99496 (unver.)
Notenumlauf	38778363 + 789944
Einlagen	1157314 + 1157314
Sonst. Verbindlichkeit	2875606 - 962731

## Die Preisbildung im Maschinenbau.

Am 19. d. Mts. fand in Charlottenburg eine außerordentliche Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten statt. Zur Verhandlung stand das Thema „Die heutige Preisbildung im Maschinenbau.“

Dr.-Ing. Rower, Mülheim, führte aus, daß unter den heutigen Verhältnissen bei Lieferungen ins Ausland Bezahlung in Auslandswährung zu festen Weltmarktpreisen gefordert werden müsse. Bei langfristigen Inlandlieferungen sei die Aufnahme einer Vorbehaltsklausel dringend geboten, wonach der endgültige Preis von Maschinen von den Eisenpreisen und Löhnen eines bestimmten Stichtages abhängig gemacht wird. Der deutsche Maschinenbau müsse künftig in enger Zusammenarbeit gemeinsame Richtlinien für die Preisbildung festlegen, die in regelmäßigen Zeitabständen nachzuprüfen seien.

Generaldirektor Becker, Kalk, wies als Mitberichtersteller auf die große Gefahr hin, die der deutschen Maschinenbau durch die gewaltigen, den Weltmarktpreisen zutreibenden Preiserhöhungen der eisenzeugenden Industrie droht. Der Redner empfahl, Maschinen mit langfristigen Lieferzeiten nach dem Auslande wie im Inland nur zu gleitenden Preisen anzubieten und den endgültigen Preis von dem höchsten während der Lieferung geltenden Eisenpreise abhängig zu machen. Der Vortragende betonte, daß die vom Reichswirtschaftsministerium vorgesehene Ausfuhrabgabe zur Zeit für den Maschinenbau unerträglich ist.

Nach längerer Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Durch die katastrophale Entwicklung der Verhältnisse in den letzten 15 Monaten wird der deutsche Maschinenbau vor die Lösung wirtschaftlich außerordentlich schwieriger Aufgaben gestellt. Während er einerseits von den Preiserhöhungen der von ihm weiter zu verarbeitenden Materialien unmittelbar und in erster Linie getroffen wird, ist er andererseits noch vielfach an die Ausführung älterer, zu festen Preisen abgeschlossener Verträge gebunden, die zu übernehmen er sich verpflichtet fühlte, um in der ersten Zeit nach der Staatsumwälzung einem wesentlichen Teile der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft zu Arbeit und Brot zu verhelfen. Die sprunghafte Preisentwicklung der von ihm benötigten Roh- und Halbfabrikate, vermindert mit den für die Herstellung von Maschinen naturgemäß erforderlichen langfristigen Lieferzeiten, hat den deutschen Maschinenbau in eine überaus kritische Lage gebracht.“

Bei einer Erzeugung im Werte von vielen Milliarden M. beschäftigt der deutsche Maschinenbau ungefähr eine Million Arbeiter und Angestellte. Er erwartet daher in Anbetracht seiner allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedeutung verständnisvolle Rücksichtnahme bei der zukünftigen Preisgestaltung seitens der ihn beliefernden Erzeuger und eine gerechte Beurteilung der von ihm benötigten Preise und sonstigen Lieferbedingungen durch seine Abnehmer.

Ohne nachträgliche Preiserhöhung für die zu festen Preisen abgeschlossenen Geschäfte und ohne Preisvorbehalte bei neuen Aufträgen mit langen Lieferzeiten kann der deutsche Maschinenbau angesichts seiner Abhängigkeit von der Preisbildung der Rohstoffverhändler nicht leben. Diesen Tatsachen müssen auch die amtlichen Stellen Verständnis entgegenbringen.

An die Reichsregierung richtet der Maschinenbau das dringende Ersuchen, die kaum wieder eingeleitete Ausfuhr nicht durch die Erhebung von Ausfuhrabgaben in Frage zu stellen.“

In den Berichten und der Erörterung wurde von zahlreichen Rednern betont, daß mit Rücksicht auf die katastrophale Wirkung der von den Eisen-Rohstoff-Verbänden befolgten Preispolitik der Maschinenbau durch die Ausfuhr der zu festen Preisen übernommenen langfristigen Aufträge in eine äußerst schwierige Lage kommt und versuchen muß durch Verhandlungen mit den Bestellen diese Aufträge ent-

sprechend abzuändern. Dieser Notwendigkeit wurde von der Versammlung in folgender Entschiedenheit Ausdruck gegeben: „Die Maschinenindustrie nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem neuerlichen Beschlusse des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium, wonach nur für die vor dem 1. Juli 1919 abgeschlossenen Verträge die Möglichkeit des Rücktritts oder der Wandlung durch schiedsgerichtliches Verfahren geschaffen werden soll.“

Der Maschinenbau hat keine Gelegenheit gehabt, vor Fassung dieses Beschlusses seine besonderen Verhältnisse und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten darzulegen. Zahlreiche Lieferverträge, die von deutschen Maschinenfabriken auch nach dem 1. Juli 1919 abgeschlossen sind, werden sich infolge der gerade in den letzten vier Monaten eingetretenen anvorhersehbarsten Preissteigerungen der Rohstoffe, die eine katastrophale Wirkung auf die Selbstkosten der Maschinenfabriken ausüben werden, nur mit großen Schädigungen abwickeln lassen. Die Abwicklung wird unter Umständen zum Ruin zahlreicher Maschinenfabriken führen können.

Der Maschinenbau muß erwarten, daß die Möglichkeit des Rücktritts oder der Wandlung von Lieferverträgen durch schiedsgerichtliches Verfahren auch auf die nach dem 1. Juli 1919 abgeschlossenen Verträge ausgedehnt wird.“

## Börsenberichte.

### Kurse der Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte		20		23	
<b>a) Mannheimer.</b>					
10% Stadt Mannheim v. 1910	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1911	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1912	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1913	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1914	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1915	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1916	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1917	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1918	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1919	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1920	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1921	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1922	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1923	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1924	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1925	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1926	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1927	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1928	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1929	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1930	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1931	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1932	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1933	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1934	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1935	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1936	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1937	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1938	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1939	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1940	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1941	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1942	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1943	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1944	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1945	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1946	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1947	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1948	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1949	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1950	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1951	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1952	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1953	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1954	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1955	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1956	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1957	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1958	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1959	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1960	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1961	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1962	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1963	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1964	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1965	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1966	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1967	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1968	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1969	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1970	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1971	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1972	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1973	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1974	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1975	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1976	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1977	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1978	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1979	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1980	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1981	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1982	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1983	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1984	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1985	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1986	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1987	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1988	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1989	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1990	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1991	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1992	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1993	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1994	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1995	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1996	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1997	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1998	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 1999	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2000	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2001	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2002	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2003	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2004	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2005	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2006	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2007	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2008	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2009	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2010	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2011	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2012	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2013	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2014	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2015	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2016	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2017	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2018	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2019	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2020	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2021	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2022	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2023	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2024	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2025	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2026	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2027	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2028	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2029	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2030	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2031	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2032	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2033	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2034	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2035	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2036	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2037	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2038	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2039	101	101	101	101	101
10% Stadt Mannheim v. 2040	101</				



